Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 16

Artikel: Prag wird zum Test für die Welt

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076565

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

9. Jahrgang Nr. 16 Erscheint alle zwei Wochen Bern, 7. August 1968

Prag wird zum Test für die Welt

Die Führer der tschechoslowakischen Kommunisten haben ein Experiment eingeleitet, dem recht enge Grenzen gesetzt sind. Sie müssen die totalitären Elemente im Leninismus links liegen lassen, ohne rechts in die Gehege der Sozialdemokratie einzufallen. Sie haben damit Neuland betreten. Das ist der Testfall Prag. Deshalb ist das tschechoslowakische Experiment grossartig und wird neue Kenntnis und Erkenntnis bringen. Manche brennende Frage wird durch den Reformer Dubcek beantwortet werden.

Polyzentrismus lebensfähig?

Da ist einmal und vor allem die Frage, ob ein kommunistisches Regime in einer demokratischen Variante lebensfähig ist. Damit ist auch auf das engste die Frage verbunden, ob die Ausmerzung totalitärer Härteerscheinungen (Pressezensur, Primat der «Parteilichkeit», Vorrang der Geheimpolizei) nicht eine Kraft in Bewegung setzt, die in der gleichen Richtung weitergeht und schliesslich in die Duldung eines echten Pluralismus in der Staatspolitik (Mehrparteiensystem und Rechtsstaatlichkeit), Wirtschaft (Zulassung des privaten Sektors) und Ideologie (Aufhebung des weltanschaulichen Primates) ausmünden muss. Wenn eine solche Weiterentwicklung unaufhaltbar sein sollte, wäre der nationaldemokratische Kommunismus nicht lebensfähig. Dann wäre nämlich keine Gratwandlung zwischen Leninismus und demokratischem Sozialismus möglich. Ferner wäre damit der Beweis erbracht, dass der Kommunismus auch in der nachstalinistischen Aera nur in seiner totalitären Form politisch wirksam bleibt.

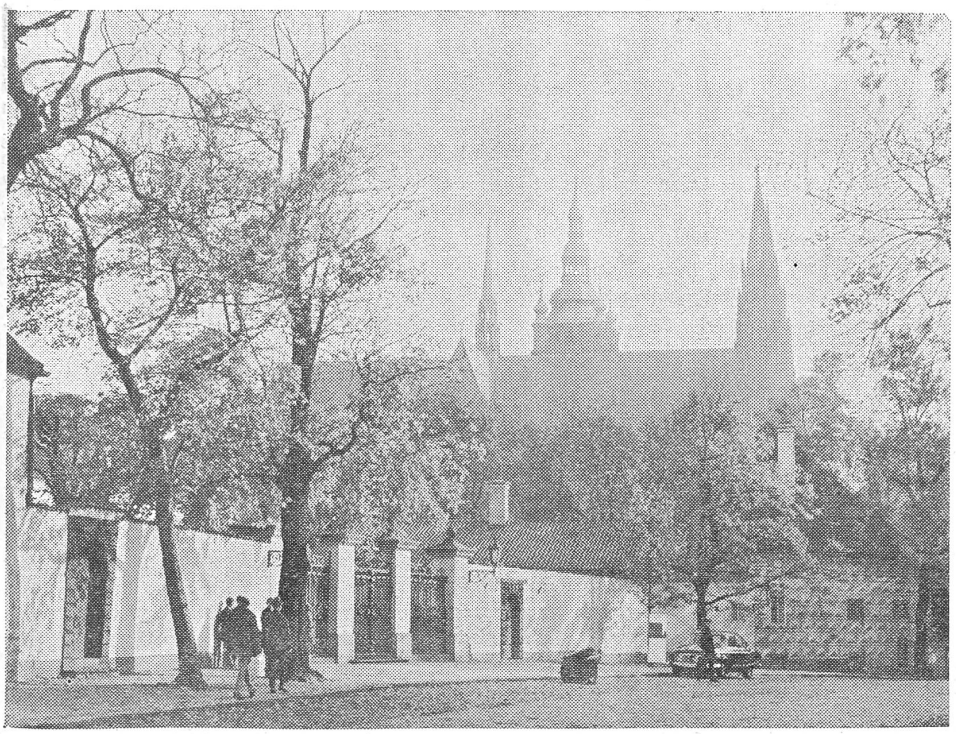
Diese Annahme ist nicht leicht von der Hand zu weisen. Die Entwicklung Polens seit 1956 kann zum Teil in diesem Lichte betrachtet werden. Mit Gomulka wurde damals ein Mann in die Leitung der polnischen Kommunisten zurückgeholt, der als liberal galt, und dem seine Opposition gegen den stalinistischen Totalitarismus eine Gefängnisstrafe eingetragen hatte. Das von ihm 1956 in Angriff genommene Programm war reformistisch, und er musste es gegen den sowjetischen Widerstand einleiten. In der Folge hat er indessen Schritt um Schritt den Weg zurück unter die Führung Moskaus angetreten. Vielleicht ist dieser Rückweg durch die Einsicht gewiesen worden, dass der Nationalkommunismus nicht im Gleichgewicht liegt, sondern auf die eine oder andere Seite neigen muss. Imre Nagy ist die Entwicklung deshalb nicht davongerannt, weil er sie anführte: er liess mehrere Parteien zu und erklärte den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt. In Rumänien ist die repressive Macht der Partei wenig eingeschränkt worden. Einzig Jugoslawien ist Beispiel eines der stalinistischen Elemente entkleideten kommunistischen Staates; dessen Gleichgewicht besteht wahrscheinlich dank der relativen Entfernung von der Sowjetunion und dank der relativen Nähe Titos zur kommunistischen Ideologie.

Demokratischer Kommunismus?

Was aber, wenn die Entwicklung in der Richtung einer westlichen Demokratie auch in der Tschechoslowakei aufgehalten werden kann, wenn die Prager Reformbewegung bloss den Leninismus «enttotalisiert», wenn der Nationalkommunismus tatsächlich lebensfähig ist? In diesem Fall stellt sich die Frage nach der Beurteilung dieser neuen kommunistischen Staatsordnung.

Wenn es zu einer solchen Form kommen sollte,

(Fortsetzung auf Seite 2)



Die Prager (feste) Burg. Bereits im 9. Jahrhundert als Holzbau mit gemauertem Fundament erwähnt. 1135 erfolgte der Ausbau zu einem steinernen Herrensitz. Die stärksten Aenderungen erfuhr die Burg unter Karl IV. (Bau des Veitdoms). Die grössten Bauten wurden Ende 16. und anfangs 17. Jahrhundert unter Kaiser Rudolf II. errichtet.

In dieser Nummer

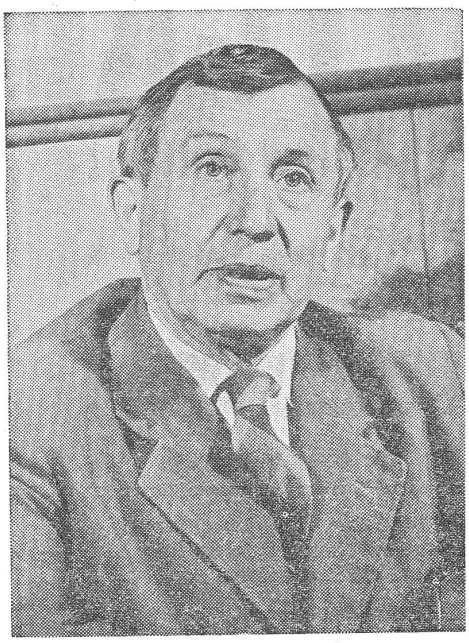
Die Stimme seines Meisters 3
Moskau und Warschau gegen Prag

Aufschlüsse über das Comecon, den Warschauer Pakt und den CSSR-Lebensstandard 4

Kult ohne Mass 5
Aus der chinesischen Propaganda

Ein Roman im China Maos 6

Neue Flüsterwitze 7



Der tschechoslowakische Innenminister Josef Pavel, der von der sowjetischen Presse unter Beschuss genommen worden ist.

Fälschungen

Ein angeblicher Brief eines ungenannten tschechischen Historikers wurde vermutlich vom sowjetischen Geheimdienst einer bulgarischen Zeitung zum Abdruck zugespielt, damit er dann mit dieser entlastenden Quellenangabe in der «Iswestija» nachgedruckt werden konnte. Im Brief wurde behauptet, Pavel habe in den fünfziger Jahren bei den tschechoslowakischen Säuberungen mitgewirkt. Da diese Säuberungen unter sowjetischer Anleitung erfolgen, mutet dieser Vorwurf aus der Sowjetunion etwas merkwürdig an. Immerhin, Pavel sollte auf diese Weise bei der Bevölkerung seines Landes diskreditiert werden. Aber die Fälschung war unsorgfältig vorbereitet worden. Pavel, der 1949 stellvertretender Innenminister für Staatssicherheit wurde, trat 1950 aus Protest gegen die Einmischung des Sicherheitsdienstes zurück und wurde 1951 verhaftet und zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das blieb nicht die einzige plumpe Fälschung, mit der die Sowjetunion in den letzten Wochen die Tschechoslowakei bekämpft hat. Das Waffenlager, das in Sokolov angeblich durch westdeutsche Revanchisten errichtet worden ist, dürfte auf sowjetischen Befehl durch ostdeutsche Agenten angelegt worden sein. Die Prawda berichtete über den Fund, noch bevor die tschechische Polizei die Oeffentlichkeit unterrichten konnte.

Auch der «Brief aus Prag» mit Unterschriften von 95 Parteimitgliedern aus dem Werk «Auto Praga» ist vermutlich ebenfalls eine sowjetische Fälschung. Vertreter der Unternehmensleitung stellten fest: «Die ganze Fabrik, ihre kommunistische Organisation und ihr leitendes Komitee unterstützen mit Nachdruck den Genossen Dubcek und seine Politik. Niemand in der Fabrik, von deren Arbeitskräften übrigens der grösste Teil in den Ferien ist, hatte von dem in der ‚Prawda' zitierten Brief Kenntnis.»

Die Weltmacht Sowjetunion hat sich nach Stalin und nach Chruschtschew einmal mehr in ein schiefes Licht gerückt.

(Fortsetzung von Seite 1)

so wäre sie als demokratische Variante in einem echt polyzentrischen kommunistischen System nur unter *Aufgabe des sowjetimperialistischen Weltherrschaftsanspruches* denkbar. Wenn aber dieser sowjetische Imperialismus einmal abgebaut ist, dann besteht gegen ein nationalkommunistisches Regime in der Tschechoslowakei oder in Polen oder in Rumänien oder in Ungarn kein Einwand, der von der Schweiz oder von Westdeutschland oder von Italien oder von Frankreich aus erhoben werden könnte.

Damit wären das Ende der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West und der Anfang der Konvergenz zwischen «Kapitalismus und Kommunismus» eingeleitet. Sofern daher die Sowjetunion die friedliche Koexistenz auch im westlichen Sprachverständnis anbietet, wird sie der Prager Entwicklung freien Lauf lassen müssen. Sie sollte dies um so leichter tun können, als sie 50 Jahre lang das Vertrauen in die geschichtsnotwendige Entwicklung zum Kommunismus plakatierte, als sie selbstbewusst unterstellte, dass die kommunistischen Regimes in Osteuropa vom Willen der Mehrheit und nicht von den Bajonetten Moskaus getragen würden, als schliesslich keine westliche Intervention die Tschechoslowakei auf einen Reformkurs gesetzt hat. Zwischen dem Warschauer Brief der Fünf und der Bratislava-Erklärung der Sechs hat die Sowjetunion die Warschauer Weiche erkannt. Aber noch wird der neue Kurs nicht befahren.

Test für Moskau

Damit wird der Testfall Prag zum Testfall Moskau. Die sowjetische Führung steht vor einer tiefergreifenden und bedeutsameren Prüfung als je zuvor in der bolschewistischen Geschichte. Warum versucht die Sowjetunion in der Tschechoslowakei zu intervenieren und die Prager Reformbewegung aufzuhalten? Denn die Intervention hält nach Cierna und nach Bratislava in anderer Form unvermindert an.

Entweder hat sie Angst, dass diese Bewegung sich nicht auf einen nationalkommunistischen Kurs bringen lässt, sondern zum Mehrparteiensystem, zur Rechtsstaatlichkeit, zur Reprivatisierung der Wirtschaft fortschreitet. Eine solche Angst liesse allerdings vermuten, dass die Sowjetunion von der ideologischen Kraft des Kommunismus wenig überzeugt ist, dass kommunistische Regimes nach Ansicht Moskaus immer mit Bajonetten gestützt werden müssen.

Oder sie hat vor etwas anderem Angst: davor nämlich, dass eine reformistische Tschechoslowakei bahnend wirkt und nationalkommunistische Tendenzen nicht nur in Rumänien und Jugoslawien, sondern auch in Ungarn und Polen und sogar in Bulgarien und Ostdeutschland stärken müsste. Das hätte indessen für die Sowjetunion nur insofern eine Bedeutung, als dadurch ihre Macht als Basis des Weltherrschaftsanspruches geschmälert würde: es wäre mithin eine Angst vor der erzwungenen Aufgabe dieses Anspruches.

Test für die Neue Linke

Damit wird die Prager Reformbewegung zu einem nicht minder entscheidenden Testfall für die Neue Linke. So wenig strukturiert die «ausserparlamentarische Opposition» auch ist, so hat sie sich doch mit ihrer innen- und aussenpolitischen Opposition gegen die Demokratien genügend festgelegt, um nun vor Alternativen gestellt zu werden.

Hat die Neue Linke Repression in der Demokratie festgestellt, so hat sie bestimmte Erscheinungen oft genug am untauglichen Massstab der absoluten Freiheit gemessen. Die Frage ist — praktisch gesehen — jedoch nicht die: Repression oder absolute Freiheit, weil absolute Freiheit in der Anarchie sich selbst auflöst. Die Frage ist — immer praktisch gesehen — die: Mehr oder weniger Repression, wobei im graduellen Unterschied wichtige Qualitätsdifferenzen zum Ausdruck kommen. Da die kommunistischen Regimes wesentlich repressiver sind als die demokratischen — wie die sowjetische Intervention schlagend unterstreicht —, wird das fortgesetzte Ausbleiben entsprechender Abgrenzung von der sowjetischen und chinesischen Repression der Neuen Linken den Vorwurf eintragen müssen, bestenfalls nützliche Werkzeuge der kommunistischen Führung zu sein.

Wenn das, was in Prag erarbeitet wird, gegen die Opposition der Sowjetunion erarbeitet werden muss, beweist dies mit unerwarteter Eindeutigkeit die Richtigkeit unserer seit Jahrzehnten vertretenen Linie. Wenn die Prager Reformbewegung lebensfähig bleibt, so hat sie es keinesfalls der Zustimmung Moskaus, sondern der westlichen Opposition gegen Moskau zu verdanken. Die Prager Kritik an Moskau ist mit der unseren im Inhalt identisch, in der Form allerdings ungemein schärfer. Das ist ein bedeutsamer Hinweis.

Prag enthüllt damit die Unglaubwürdigkeit vieler Gruppen innerhalb der Neuen Linken. Wo bleiben die Proteste gegen die kommunistische Repression, gegen die Unterdrückung der Freiheiten in Osteuropa durch Moskau, gegen die von Moskau erzwungene Absetzung etwa General Prchliks nur wegen dessen Kritik am Warschauer Pakt?

Wie hätte die Neue Linke protestiert, wenn Amerika — um eine Illustration anzuführen — den faktischen Austritt Frankreichs aus der Nato mit einem Truppenaufmarsch an Frankreichs Grenze, mit einer Verzögerung des amerikanischen Truppenabzuges aus Frankreich, mit einer Visasperre, mit personellen Angriffen usw. beantwortet hätte!

Für die Sowjetunion spricht einiges; das konnte aber auch von Hitler gesagt werden, der lange Autobahnen baute. Gegen Amerika mag manches sprechen; das kann aber auch von Westeuropa gesagt werden. Weder sind Amerika oder Westeuropa absolute Demokratien, noch ist die Sowjetunion eine absolute Diktatur. Das Bild ist grau in grau, nicht schwarz und weiss. Wenn dem so ist, dann ist jedoch der Unterschied der Grautöne von erstrangiger Bedeutung. Und es setzt eine beachtliche Farbenblindheit voraus, ein helleres Grau nicht von einem dunkleren zu unterscheiden. Die Neue Linke wird in ihrer Stellungnahme zur Prager Reformbewegung beweisen müssen, dass sie für rote Tönungen nicht farbenblind ist.

Peter Sager